

N O T I Z E N

aus der 19. Sitzung des Bundesrates vom 12. März 1965

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Tschudi
Abwesend: niemand
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: keine
Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 Uhr 55

Schriftliche AnträgeBundeskanzleiAnmeldung der Botschaft Hilfe an Indien

Der Rat verzichtet darauf, die Botschaft anzukünden. Dagegen soll in der Botschaft selbst beantragt werden, dass beide Räte die Vorlage in der Septembersession behandeln.

Finanz- und ZolldepartementKleine Anfrage Grass vom 18. Dezember 1965

Herr Bonvin nimmt das Geschäft nochmals zurück, um dem in der Diskussion geäußerten Wunsche auf Einfügung eines Absatzes "über die allgemeine Zinspolitik für den Wohnungsbau" Rechnung zu tragen.

VolkswirtschaftsdepartementWiederwahl der eidg. Wohnbaukommission

Von einem Redner wird die Befürchtung geäußert, dass die Wiederwahl des 1893 geborenen Präsidenten, Prof. Böhler, Mitgliedern der Kommission, denen mit Erreichung des Alters 70 der Rücktritt zugemutet wird, Anlass geben könnte, sich zurückgesetzt zu fühlen. Es wäre deshalb zu prüfen, ob auf eine Publikation des Beschlusses verzichtet werden kann oder ob die Bekanntgabe des Beschlusses in einem sehr allgemein gehaltenen Communiqué erfolgen könnte. Gegen die Wahl von Prof. Böhler selbst wird keine Opposition erhoben.

Der Rat ist der Meinung, dass man das vorbereitete Communiqué unverändert der Presse übergeben sollte. Die Mitglieder der Kommission werden auch ohnedies Kenntnis von der getroffenen Wahl erhalten.

Kreisschreiben an die Kantonsregierungen betreffend öffentliche Hand und Konjunkturpolitik

Im letzten Satz des 1. Absatzes soll festgestellt werden, dass das dort Gesagte auch dann noch gilt, wenn die beiden Konjunktur-



- 2 -

beschlüsse abgelaufen sein werden. Es soll weiter eine Formulierung gewählt werden, in dem Sinne, "dass die Kantone aufgefordert werden, vermehrt an den konjunkturpolitischen Bestrebungen des Bundes mitzuarbeiten", ohne dass dadurch selbstverständlich ihre Selbständigkeit tangiert wird.

Im letzten Absatz soll statt von einem "erfreulichen Ausgang der Abstimmung" von einem "positiven Ausgang" gesprochen werden. Dies hätte zur Folge, dass man statt von "positiver Arbeit" von "fruchtbarer Arbeit" sprechen müsste.

In der Diskussion wird angeregt, statt nur von der Möglichkeit einer Regierungspräsidentenkonferenz zu sprechen, diese Konferenz vorzusehen und die Regierungspräsidenten dazu einzuladen. Ausser dem Traktandum "öffentliche Hand und Konjunkturpolitik" könnte das Thema vorgesehen werden "Beziehungen der Kantone zu den ausländischen Regierungen und den diplomatischen Vertretungen des Auslandes".

Der Rat beschliesst, das Schreiben in eine Einladung der Regierungspräsidenten zu einer Konferenz umzugestalten. Ort und Datum sollen später eingesetzt werden.

Der Vorsteher des EVD übernimmt es, dem Bundesrat einen neuen Entwurf, der der Diskussion Rechnung trägt, vorzulegen.

Aussprachen

Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement

Ausrichtung einer Zulage für a.o. Dienstleistungen an Direktor Langenberger, Fernmeldedienste PTT

Es liegt ein negativer Mitbericht des FZD vor, wozu der Vorsteher des VED bemerkt, dass er ursprünglich (vor vier Jahren) den Antrag gestellt habe, auch Direktor Langenberger um eine Klasse höher einzustufen. Er habe dann darauf verzichtet, um Weiterungen mit Bezug auf die Einreihung anderer Chefbeamten zu vermeiden. Er habe sich aber vorbehalten, den Antrag zu stellen, den Verzicht auf die höhere Einreihung durch Gewährung einer besonderen Zulage abzugelten. Nachdem Herr Langenberger für die Besoldungsdifferenz keine Rente erhält, erscheint eine Abfindung von 10'000 Franken (4 Jahre à 2'500.-) als angemessen.

Der Vorsteher des FZD bestätigt, dass man die Besoldungserhöhung seinerzeit gewährt hätte, wenn es nicht darum gegangen wäre, ein Präjudiz zu vermeiden. Der Anspruch an sich sei berechtigt. Den Mitbericht habe er nur unterzeichnet, wegen der zu erwartenden Reaktion der Finanzdelegation.

Nachdem Herr Langenberger noch mit dem alten Gehalt pensioniert worden ist, hält der Bundesrat die beantragte Korrektur für gerecht. Der Genannte wird nicht besser gestellt, als wenn er seinerzeit höher eingestuft worden wäre. Dem Antrag wird zugestimmt.

Politisches Departement

Integrationsfragen, Anhang zu Bulletin Nr. 9

Verhandlungsgrundlage bildet die vom Integrationsbureau und dem Dokumentationsdienst gemeinsam verfasste Studie von Mitte Februar 1965.

Der Vorsteher des EPD führt ergänzend aus, dass er mit der Studie einig gehe, aber einzelne Akzente etwas anders gesetzt hätte. Die Diskriminationsfolgen mache sich für uns erst jetzt bemerkbar. Man werde aber erst nach Abschluss der Kennedy-Runde sagen können, wie es stehe.

An der Diskussion beteiligen sich alle Ratsmitglieder.

Ein erster Votant führt aus, dass die wirtschaftliche Integration in Europa Fortschritte gemacht habe. Zur Zeit stehe eine starke EWG einer schwachen EFTA gegenüber. Die politische Integration dagegen stocke auf der ganzen Linie. Der Europarat bilde ein Forum für Ausstrahlungen von Ideen und sei für uns wertvoll, um unsern Standpunkt zu verschiedenen Problemen bekannt zu machen. Bis 1964 sei die Krise der EWG sehr gross gewesen. Der Erfolg der Einigung über den Getreidepreis war spektakulär und hat zur Stärkung der EWG viel beigetragen. Trotzdem ist die EWG wirtschaftlich noch nicht über den Berg. Frankreich stelle neue Bedingungen für den Zollabbau. Es fehle eine Konstante in Europa. Das Frankreich de Gaulles stelle nur unter dem politischen Gesichtspunkt eine Konstante dar, indem die politische Haltung de Gaulle immer die gleiche geblieben sei. Die Montanunion sei zustande gekommen, weil Frankreich erkannt habe, dass es Deutschland nicht dauernd unter der Knute halten können. Drum möchte es Deutschland wenigstens wirtschaftlich an Frankreich ketten. Deutschland sei politisch durch das Problem der Wiedervereinigung paralisiert. So sieht es sich gezwungen, eine Politik zu betreiben, die seine Kraftlosigkeit aufzeigt. Die Idee, dass die wirtschaftliche Integration Mittel zum Zweck der politischen Integration sei, habe keinen Erfolg gehabt. Die EWG wird zu einer europäischen Monopolgesellschaft, die sich nach aussen abschliesst. Der Fortschritt besteht im Niederreißen der Schranken im Innern. Man könne den Vorgang mit einer Kartellbildung vergleichen. Das habe für diese Länder nicht nur Vorteile.

Für uns widerspricht diese Haltung unserer Auffassung von der freiheitlichen Wirtschaft. Man spreche davon, dass wir handelspolitisch diskriminiert seien. Man sollte bei der Beurteilung der Nachteile nicht übertreiben. Die EWG wäre für die schweizerische Industrie kein Ruhekissen! Die Strukturprobleme unserer Wirtschaft bestünden auf alle Fälle. In der EWG mache sich der Zug zum Grossbetrieb stark bemerkbar. Der Zug zur grossen Einheit sei die herrschende Tendenz der kommenden Entwicklung. Damit müssten wir uns, wenn wir Mitglieder der EWG wären, erst recht auseinandersetzen.

Im Bericht sei auch davon die Rede, dass die Wachstumsrate der EWG nicht nur auf Integrationswirkungen beruhe. Auch bei uns zeige sich laut Bericht, diese integrationsbedingte Handelsverlagerung innerhalb des schweizerischen Europahandels. Mit der Schlussfolgerung, es müsse dieser sinnwidrigen Entwicklung

Einhalt geboten werden, ist der Votant nicht einverstanden. Diese Verlagerungen seien nicht so tragisch zu nehmen. Sie verlangen jedoch eine ständige Beobachtung der Entwicklung und eine grosse Anpassungsfähigkeit, die unsere Wirtschaft bisher bewiesen habe. Auch unser Handel mit Uebersee wäre z.B., wenn man EWG-mässig denken würde, sinnwidrig.

Schlussfolgerungen: Die EWG übt heute auf uns eine geringere Anziehungskraft als jemals aus, vor allem ~~was~~ in politischer Hinsicht.

Ein neuer Vorstoss der Schweiz im Sinne der Assoziation sei sowohl aus praktischen Gründen, als auch vom Standpunkt unserer Interessen aus unmöglich. Der Fall Oesterreich sei nicht unser Fall. Da gebe es nur ein interessiertes Zuschauen. Dagegen haben wir Anlass, alles zu tun, um die EFTA zu stärken. Die EFTA sei mehr als nur eine Reserveposition. Sie sei immer noch ein Instrument der Integrationspolitik.

Bei England müsse man etwas warten, bis es sich wieder aufge-
rafft habe. Unser Ziel müsse eine grosse Freihandelszone bleiben.

Auch gegenüber einer Initiative der EFTA wäre der Sprechende im gegenwärtigen Zeitpunkt ebenso skeptisch wie gegenüber einer Initiative der Schweiz. Man müsse warten, bis der Fall England geklärt sei und auch bis die Verhältnisse in der EWG geregelt sind.

Der zweite Votant ist der Auffassung, dass wir gute Gründe hätten, über die Integrationsprobleme zu sprechen. Von den Schlussfolgerungen des Berichtes könne er den Ziffern 2-4 ohne weiteres zustimmen. Die Ziffer 1 könne eher Anlass zur Diskussion geben. In unserer Oeffentlichkeit sei bis vor Kurzem die Stimmung so gewesen, dass man gefunden habe, es sei gut, dass der Bundesrat nicht mit fliegenden Fahnen in die EWG marschiert sei. Heute habe sich diese Stimmung bereits wieder etwas gewandelt. Das mag zusammenhängen mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der Stärkung der EWG auf unser Land und mit den direkten Kontakten unserer Leute mit dem Ausland. Diese kämen zurück mit der Auffassung, dass wir zu zurückhaltend seien. Die Schlussfolgerungen von Ziffer 1 erscheinen so allzu negativ. Unsere Haltung müsse eher "einem Gewehr bei Fuss stehen und einem Schauen, was kommen werde", entsprechen. Wir müssen die politischen und rechtlichen Voraussetzungen unter die Lupe nehmen.

Ein dritter Votant erinnert daran, dass er seinerzeit Bedenken geäußert habe gegen die Verbindung des Beitritts-gesuches der EFTA mit der Kandidatur Englands. So sei die EFTA im Schlepp-tau Englands hängen geblieben. Wir können hier keinen entscheidenden Einfluss mehr ausüben. Wenn gesagt worden sei, man solle die EFTA stärken, könne er damit einverstanden sein. Er frage sich aber, ob wir uns damit nicht in ein falsches Licht gegenüber der EWG setzen. Wie steht es mit unserer wirtschaftlichen Widerstandskraft gegen eine EWG, die ihre Monopolstellung ausbaut? Man müsse bereits feststellen, dass Schweizerische Unternehmungen daran gehen Filialen in EWG-Ländern zu errichten.

Wie steht es mit unserer Wirtschaft, wenn das so weiter geht?

Der vierte Votant erklärt sich mit dem Bericht des Integrationsbureau einverstanden. Zur praktischen Frage was zu tun sei, gebe es nur die Antwort, wie immer auch die stimmungsmässige Einstellung sein sollte, so können wir keine Initiative ergreifen. Wir sind angemeldet und das genügt.

Wirtschaftlich ist die EWG ein Erfolg. Man hat mit viel Interventionismus und Mühe ein System aufgebaut das so viel künstliches an sich hat, dass man sich fragen muss, ob es auf die Dauer Erfolg haben werde. Es frage sich, ob die Deutschen noch lange die Last tragen und sich die Schröpfköpfe Frankreichs ansetzen lassen wollen.

Das Gebilde der EWG ist für uns unerreichbarer als je. Was wird man von uns verlangen? Für unsere Landwirtschaft wird man keine Ausnahme machen. Wir müssten von einem Getreidepreis von 72 Fr. auf 30 Fr. heruntergehen müssen. Wir müssten den Milchpreis der EWG annehmen. Wir müssten die vollständige Freizügigkeit zugestehen; dabei macht uns schon das Nachziehen der Frau der Fremdarbeiter gemäss dem Italienabkommen die grösste Mühe. Mit einem Schlage werden wir auch die EWG-Zinsen zu bezahlen haben. Man wird nicht aufhören, bis wir in der Sozialgesetzgebung gleichgezogen haben. Dabei ist es in allen diesen Staaten der Staat, der durch den Druck der Sozialgesetzgebung auf den Einzelnen wirkt. So werden wir den Druck von allen Seiten haben. Wenn wir jetzt Verhandlungen aufnehmen wollten, kämen wir in eine schwierige Lage. Selbst wenn unsere erfolgreichen Unterhändler mit dem Maximum von Ausnahmen zurückkämen, würde das Schweizervolk das Ergebnis nicht annehmen.

Wenn man die Frage wegen Oesterreich stellt, dann müsse man sich "direkt auf den Fusspitzen bewegen". Oesterreich habe alle diese Schwierigkeiten noch in vermehrtem Masse. Dazu komme noch das Verhältnis zu Russland. Was unser Verhältnis betrifft müsse man sagen, dass wir in den intensivsten Beziehungen mit der EWG in der Kennedyrunde stehen. Unsere Hauptbemühung müsse sein, der Wirtschaft gewisse Erleichterungen zu verschaffen.

Was England betrifft, hätten die momentanen "Liebeserklärungen" gegenüber der EWG nicht viel Hintergrund. Man habe nur etwas gutes Wetter gemacht. Die Engländer könnten ein Leben in der EWG bei ihrer Einstellung zur Arbeit gar nicht aushalten. Gegenüber dieser Auffassung einen Wandel durchzuführen ist ausserordentlich schwer, auch für einen Wilson.

Schlussfolgerung: Jetzt keine Initiative unsererseits, freundliche Beziehungen zur EWG. Verhandeln auf der Basis der Meistbegünstigung. Daneben sollen unsere Möglichkeiten für eine Assoziation weiter abgeklärt werden.

Der fünfte Votant erkundigt sich nach den Aussichten der Kennedyrunde. Sieht man einen gewissen Terminplan? Wenn die Kennedyrunde erfolgreich wäre, würden bei uns die Freunde der Integration wieder verschwinden.

Der vierte Votant antwortet, dass das Schicksal der Kennedyrunde derartig eng mit der Landwirtschaft verknüpft sei, dass man sagen

könne, das Schicksal der Kennedyrunde hänge ab von der Lösung des Weltlandwirtschaftsproblems.

Ein sechster Votant vertritt die Ansicht, dass man periodisch diese Aussprache fortsetzen sollte. Was heute geschehe beweise, dass wir richtig vorgegangen seien. Man habe die grosse Freihandelszone nicht schaffen können. Wir ziehen uns auf die kleine Freihandelszone zurück, aber mit der Absicht, wieder in eine grosse Freihandelszone vorzustossen. Wir haben unser Assoziationsgesuch im Einvernehmen mit den übrigen EFTA-Staaten gestellt. Unser Studienbureau muss realistisch bleiben. Die EWG hat auf Grund politischer Ueberlegungen ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwunden. Das geschieht immer durch das Opfer, das Einzelne bringen. Aber der politische Wille ist unbestreitbar vorhanden.

Wir müssen auch weiter in der EFTA mitmachen mit dem Ziel, einmal mit der EWG zusammenzukommen. Wir sollten uns die Frage vorlegen, was wir machen, wenn die Kennedyrunde nicht zum Ziel kommt?

Wir sollten auch Stellung nehmen zur politischen Form eines künftigen Europas. Europa sollte nicht ohne unseren Einfluss gebildet werden. Es soll so organisiert werden, dass auch die Kleinen ihr Wort mitsprechen können. Wenn wir diese unsere Meinung vorbereiten, haben wir vielleicht einen gewissen Einfluss. Wenn wir das nicht tun, werden die andern diesen Gedanken nicht verwirklichen.

Der Vorsteher des EPD stellt fest, dass die Studie in Auftrag gegeben wurde, weil der Zeitpunkt sich nähert, wo man dem Bundesrat in der Angelegenheit der Integration Immobilismus vorwerfen werde. Sein Auftrag habe gelautet, "Wie hat sich die Situation seit 1962 verändert?"

Art. 238 des Römer-Vertrages werde heute ganz anders interpretiert als früher, als Hallstein noch erklären konnte, das Assoziationsverhältnis umfasse jede mögliche Form des Zusammengehens von 1 - 100 %.

Man brauche trotz der veränderten Interpretation nicht soweit zu gehen, unser Gesuch als dahingefallen zu betrachten. Hallstein habe erklärt, die EWG mache in Wirtschaft, aber in Wirklichkeit gehe es um die Politik. Von den Zielen, die sich die EWG gesetzt habe, habe nur die wirtschaftliche Integration Erfolg gehabt. Man habe dabei Opfer auf sich genommen, die man nur in Zeiten der Hochkonjunktur übernehmen konnte, aber im Falle einer Krise niemals übernommen hätte. Bei der Vereinbarung über den Getreidepreis werde sich nun als weitere Schwierigkeit die Kontrolle der Durchführung geltend machen. Es braucht einen Kontrollapparat von Beamten, die in den einzelnen Ländern Ueberwachungsfunktionen erhalten. Man müsse ferner an das Problem des geteilten Deutschland denken, das für die EWG eine grosse Belastung sei. Dazu komme die steigende politische Enttäuschung Hollands, eine Zurückhaltung gegenüber der NATO. Die Form der Exekutive ist ebenfalls ein Erfolg Frankreichs. Die Idee, dass die ganze Organisation ihren Sitz in Paris haben sollte, ist nicht aufgegeben. Man werte heute auch den "Anschlussdrang an die EWG" als Erfolg. Dabei handle es sich meist um Angsterschei-

nungen. Wegen der unliberalen Haltung sehen sich gewisse Staaten veranlasst, Schutz bei der EWG zu suchen. Wenn Oesterreich zu einem Arrangement kommt, wird unser Land einen kleinen Fleck darstellen, der in die Zange genommen werden wird. Der Sprechende wisse nicht, ob wir sehr stark auf die EFTA einwirken können.

Von einer Initiative halte auch er im gegenwärtigen Zeitpunkt nichts. Wir sollten alle Anstrengungen unternehmen, um aus der Kennedyrunde möglichst viel herauszuholen. Dann sei auch noch der Europarat da, der sich als Forum eigne, um unsere Zahlen bekannt zu geben.

Volkswirtschaftsdepartement

Frage der Anmeldung eines Berichtes "Konjunkturdämpfung" und Behandlung der Mirageberichte

Der Rat beschliesst, dass der Bericht über Bau- und Kreditabschluss jetzt den Räten nicht angemeldet werden soll und stimmt auch der Auffassung des EVD betr. Verlängerungsbeschluss zu (Antrag EVD vom 10. März 1965). Im Zusammenhang mit diesem Entscheid wird die Frage aufgeworfen, ob man nicht den zweiten Zwischenbericht des Bundesrates über die Mirageaffäre zusammen mit den Nachtragskreditbegehren behandeln sollte.

Der Vorsteher des EMD erklärt, dass der 2. Bericht für die Septembersession in Aussicht genommen sei. Er habe Weisung gegeben, dass man schaue, die beiden Geschäfte zu vereinigen. Er hoffe, dass man die Zahlen bekannt geben könne. Diese wären zwar dann noch nicht endgültig, doch werde man über die Grössenordnung im Bilde sein.

Der Rat wird auch die Zusammenstellung der pendenten Aufgaben (Bericht vom 4. März des FZD) diskutieren zusammen mit dem Abschlussprogramm (Bericht EVD).

Volkswirtschaftsdepartement/ Justiz- und Polizeidepartement

Nachzug der Familienangehörigen ausländischer Arbeitskräfte

Es liegt ein Bericht der eidgenössischen Fremdenpolizei vom 10. März 1965 vor. Wie der Vorsteher des JPD ergänzend mitteilt, ist eine kleine Anfrage Weltert eingegangen, worin die Frage aufgeworfen wird, ob man später auch ähnliche Abkommen mit Deutschland und Oesterreich abschliessen werde. Der Sprechende glaube nicht, dass man nun mit einem Staate nach dem andern Abkommen abschliessen sollte. Vorläufig müsse man zuwarten. Erst nach und nach werde man mit Mass und Vorsicht die Praxis dem Italienabkommen anpassen.

Ein Redner fragt, ob die Reduktion der Arbeitskräfte auch die spanischen, griechischen und türkischen Arbeitskräfte betrifft. Es schiene ihm gefährlich, hier die Grundsätze des Italienabkommens anzuwenden.

Ein weiterer Redner macht auf die Notwendigkeit aufmerksam, für die Tribünen Sicherheitsmassnahmen zu treffen. Die Frage, ob diese Bestimmungen für alle Ausländer gelten, sei schon verschiedentlich gestellt worden. Er glaube nicht, dass das Abkommen eo ipso auf andere Länder anwendbar sei. Er teilt die Auffassung des Vorredners, dass für den Moment weder die eine noch die andere Lösung erwähnt wird.

Der Vorsteher des EVD stellt fest, dass wir mit Bezug auf Spanien nicht in einer glücklichen Lage sind wegen der Meistbegünstigungsklausel. Aus den weitentfernten Ländern hole man nur die besten Leute, während wir z.B. aus Sizilien mit allem Vorlieb nehmen müssen. Er werde eine ganz pragmatische und vorsichtige Antwort erteilen nach Absprache mit der Fremdenpolizei. Man wolle erst Erfahrungen sammeln. Es wäre nicht klug, weitere solche Verträge in Aussicht zu stellen oder die Möglichkeit der analogen Anwendung zu erwähnen. Die Reaktion der Bauern- und Gewerbetepartei sei enttäuschend. Ihre Haltung stehe im Widerspruch zu ihren Begehren. So werde er von sämtlichen Druckereien unter Druck gesetzt, dass sie es ohne österreichische Typographen nicht machen könnten. Er sehe keine andere Möglichkeit, als hier eine sehr deutliche Antwort zu geben.

Es wird beschlossen, dass Herr Schaffner und Herr von Moos bei Behandlung des Abkommens im Nationalrat anwesend sein werden. Was die Vorsichtsmassnahmen gegen Ruhestörer auf den Tribünen betrifft, wird der Generalsekretär der Bundesversammlung die nötigen Abmachungen mit der Polizei treffen. Als Kuriosum wird erwähnt, dass das Fernsehen beabsichtigt habe, die Verhandlungen zu übertragen, was natürlich nicht in Frage kommt.

U m f r a g e

Hr. S c h a f f n e r

Ausführungsvorschriften zum Verfassungszusatz über die Weiterführung befristeter Preiskontrollmassnahmen, Botschaft

Herr Schaffner gibt den Text bekannt, den er in der Botschaft über die in der letzten Sitzung diskutierte Frage der Mietzinserhöhungen von 3 - 5 % aufgenommen hat. Darin wird festgestellt, dass die Umschreibung der Einsprachemöglichkeit keinesfalls die Meinung habe, dass nun die Erhöhung 5 % oder mehr betrage. Es seien nach wie vor auch geringere Erhöhungen möglich und es werde weite Gebiete geben, ohne jede Mietzinserhöhung. Auch bei geringen Erhöhungen sei eine Einsprache dann möglich, wenn der Unterhalt der Mietsache vom Vermieter offensichtlich vernachlässigt wird oder dem Mieter überlassen bleibt.

Der Rat nimmt davon stillschweigend zustimmend Kenntnis.

Stellungnahme zu den Preisbegehren der Landwirtschaft

Herr Schaffner verliest das Communiqué. Es wird gewünscht statt ~~zu sagen:~~ "wenn alle Preisbegehren eingetroffen sind", zu sagen: "wenn der Ueberblick über alle Preisbegehren besteht", damit das nicht als Einladung aufgefasst wird.

- 9 -

Die Frage, wie bei diesem Begehren der Abstimmung vom 28. Februar Rechnung getragen werden kann, soll behandelt werden im Zusammenhang mit den Departementsberichten über die Erfahrungen mit den Teuerungsbeschlüssen.

Polemik der Firma Bührle wegen der Beschaffung von Panzerabwehrraketen

Die Polemik einer Lieferfirma, die nicht berücksichtigt wird, nachdem die Beschaffungsstelle die Angelegenheit sehr gründlich geprüft hat, ist eine unwürdige Sache. Man sollte Entscheide des Bundesrates nicht so brüskieren lassen und die Firma darauf aufmerksam machen, dass sie nicht nur eine Lieferung für den Bund habe.

Der Vorsteher des EMD begrüsst es, wenn er hier eine Unterstützung durch den Bundesrat erhält. Man arbeite ständig mit Bührle zusammen. Er behaupte nun, man habe die Raketenentwicklung der Mosquitos von ihm verlangt. Das treffe nicht zu. Er habe von sich aus damit angefangen. Die Militärkommissionen hätten ein Vergleichsschiessen verlangt. Man wisse noch nicht, ob Bührle mit dem Modell 1963 oder mit dem Modell 1964 anrücken werde, was eine grosse Verzögerung in der Belieferung zur Folge hätte.

Die Vorführung werde 400'000 Franken kosten, was man den Kommissionen erklärt habe. Bührle schade sich mit seinem Verhalten selbst. Er frage sich, ob der Bundesrat darauf reagieren soll.

Es wird beschlossen, das Geschäft als Aussprache auf die Traktandenliste vom Montag zu setzen.

Hr. W a h l e n

Presseausflug nach Tunesien

Herr Wahlen teilt mit, dass er diese Reise abgestellt habe.

Besuch von Torsten Nilsson, Aussenminister von Schweden, am 29. März

Am Nachtessen, das zu seinen Ehren gegeben werden soll, werden Herr Wahlen und Herr Bonvin teilnehmen.

Eingabe von St. Gallen wegen Rohrleitungen

Auf die Frage, wie man dazu Stellung nehmen soll, erklärt der Vorsteher des VED, dass man nicht darauf zu reagieren brauche. Man warte ab bis zum materiellen Entscheid.

Botschaftertreffen

Das diesjährige Treffen unserer Botschafter ist auf den 2. und 3. September festgelegt. Der Ausflug soll am 4. September stattfinden.

Fernsehen, Aussprache mit Parlamentariern über das Thema Aussenpolitik in Schweizer Sicht

Herr Wahlen wurde angefragt, ob er an einer solchen Aussprache am

Runden Tisch (Sendung "Aus erster Hand") teilnehmen würde.

Ein Redner vertritt die Meinung, dass die Mitglieder des Bundesrates nicht am "Runden Tisch" teilnehmen sollten. Man müsse ihnen eine besondere Stellung einräumen.

Ein anderer Redner verweist auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage Breitenmoser vom 15. Dezember 1964 (Protokoll vom 19. Januar 1964), worin der Bundesrat versprochen habe, vom Fernsehen und Radio vermehrt Gebrauch zu machen.

Der Rat ist der Meinung, dass diese Gelegenheit benützt werden sollte, um zu zeigen, wie der Bundesrat darüber denkt. Herr Wahlen soll sich auf alle Fälle das Schlusswort sichern.

Hr. Spühler

Botschaft betreffend Ausbau des Flughafens Kloten

Herr Spühler teilt mit, dass am Samstag die Luftfahrtskommission zur Angelegenheit Stellung genommen habe. Er habe darauf angeordnet, dass die Ausführungen über den Streit um das Abfertigungsgebäude sehr stark reduziert wird.

Der Rat nimmt Kenntnis.

Ehrenpräsidium der internationalen Verkehrsausstellung in München und Einladung zur Teilnahme an der Eröffnung

Der Rat ist damit einverstanden, dass Herr Spühler das Ehrenpräsidium übernimmt und den Bundesrat an der Ausstellung vertritt, an welcher auch Grossbritannien, Italien, Oesterreich, Schweden u.a. ihre Verkehrsminister delegieren.

Hr. von Moos

Ergebnis der Beratungen der Geschäftsprüfungskommissionen

Herr von Moos teilt mit, dass Herr Mottier die Frage aufgeworfen habe, ob eine Stellungnahme des Bundesrates noch in Frage komme, nachdem der Generalsekretär Brühwiler mitgeteilt habe, dass die Ergebnisse der Tagung der Arbeitsgemeinschaft in Engelberg dem Bundesrat nicht zur Ansichtsäusserung, sondern nur zur Kenntnisnahme überwiesen worden seien. Der Rat hält an seinem Auftrag fest. Man kann nach Eingang des Berichtes der drei Juristen immer noch zur Frage des Vorgehens Stellung nehmen.

Antwort auf Motion Schmitt und Postulat Chevallaz

Herr von Moos stellt fest, dass die Antwort des Bundespräsidenten eine denkbar schlechte Aufnahme gefunden habe. In seiner Fraktion sei die Frage aufgetaucht, ob sich nicht die Fraktionen einschalten sollten. Es sei eine Sitzung vorgesehen zur Behandlung der Frage Verwaltungskontrolle und Erweiterung des Bundesrates. Diese Aussprache sei verschoben worden auf die Junisession. Er frage sich, ob der Bundesrat die Frage der Erweiterung nicht noch einmal diskutieren sollte, im Zusammenhang mit dem Echo, den die Antwort gehabt habe?

- 11 -

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass er noch das Postulat Borel im Ständerat zu beantworten habe. Man habe dann Zeit, unsere Stellungnahme festzulegen für die Diskussion in den Fraktionen. Einzelne Vorschläge der Herren Chevallaz und Borel seien gut. Dagegen dürfe man, was die Erhöhung der Zahl der Bundesräte betrifft, annehmen, dass im Volke besonders bei den kleinen Leuten die Meinung überwiege, 7 Bundesräte seien genug. Die Angelegenheit soll nach der Behandlung im Ständerat wieder aufgegriffen werden, wenn auch der Bericht der Bundeskanzlei über eine Reorganisation vorliegt.

Zusammenkunft mit den a.Bundesräten

Herr von Moos teilt mit, dass die Kommission des Nationalrates auf den 1. Juni eine Sitzung angesetzt habe. Er sei dann abwesend. Man sollte am Montag nochmals die Datumfrage besprechen.

Hr. B o n v i n

Preis des Tabaks

Herr Bonvin möchte, bevor er einen Antrag ausarbeitet, wissen, ob der Bundesrat für die Preisbildung der zweiten Hand die Befreiung von der Preiskontrolle verfügen wolle oder ob er eine Preiskontrolle beibehalten möchte.

Der Rat teilt die Auffassung des Präsidenten, dass man den Entscheid Herrn Bonvin überlassen müsse. Er soll vorher den Bundesrat orientieren durch Mitteilung der Varianten.

Präsidialvorbringen

Dîner diplomatique

Die Nuntiatur erkundigt sich, ob eventuell der 23. April in Frage käme? Nachdem an diesem Tage die Herren Spühler und Bonvin abwesend sein werden, kommt dieses Datum nicht in Frage, weshalb es offensichtlich bei der Verschiebung in den Monat Oktober bleiben dürfte.

Teilinkraftsetzung des Arbeitsgesetzes Ferienregelung

Die Eingabe geht an das EVD zur Prüfung, die BK bestätigt den Eingang.

Gedenkfeier 150 Jahre Biel im Kanton Bern und in der Eidgenossenschaft, 18. März

An dieser Gedenkfeier werden 5 Vertreter des Regierungsrates des Kantons Bern teilnehmen. Der Regierungsrat würde es begrüßen, wenn auch der Vertreter des Kantons Bern im Bundesrat daran teilnehmen würde. Die weitere Feier für den Eintritt von Biel und Berner Jura in die Eidgenossenschaft findet im September statt.

Beschluss: Herr Wahlen wird den Bundesrat vertreten. Mitteilung durch die BK (s. auch Beschlussprotokoll).

Montagsitzung

Es wird beschlossen, die Sitzung vom Montag, den 15. März ausfallen zu lassen, weil zu wenig Traktanden vorhanden sind.

Anmerkung des Protokollführers: Die Sitzung wurde nachträglich doch angesetzt, vor allem wegen der Geschäfte des EPD "Ausfuhr von Pilatus Porter-Flugzeugen nach Indonesien" und "Schweizer Beitrag an die IV Phase der UNO-Aktion in Zypern".

* * *